

22. Mai 2013 18:00

Offshore-Leaks

Von Cathrin Kahlweit, Kurt Kuch, Frederik Obermaier und Bastian Obermayer

Die Spur führt nach Österreich



Raiffeisen-International-Chef Herbert Stepic taucht nun in Offshore-Leaks-Daten auf. (Foto: REUTERS)

Erster Fall in der Alpenrepublik: Der Banker Herbert Stepic taucht mit zwei Firmen in den Offshore-Leaks-Datensätzen auf. Der Chef von Raiffeisen International ist einer der mächtigsten Unternehmer des Landes. Nicht zum ersten Mal wird er mit Briefkastenfirmen in Verbindung gebracht.

Herbert Stepic ist ein Macher, der weiß, wie man Geld verdient und vermehrt. Er ist Vorstandschef der Raiffeisen-Bank-International in Österreich. Er hat die Expansion der Bank nach Osteuropa vorangetrieben. 2006 wurde er dafür zu "Europas Banker des Jahres" gewählt, 2007 zum "European Manager of the Year". In die Ehrfurcht für den Mann mischt sich Ehrfurcht für das Unternehmen: Raiffeisen International ist der größte Konzern des Landes und nicht nur als Geldhaus tätig, sondern auch in der Immobilien- und der Medienbranche. Zeitweilig war die Bilanzsumme etwa doppelt so hoch wie das Budget von Österreich.

Hier also agiert Stepic, 66, ein Wiener, der sich ganz nach oben gearbeitet hat. Zuletzt machte der Vorstandsvorsitzende Schlagzeilen als guter Banker: Er habe aus "moralischer Verpflichtung gegenüber seiner Organisation" zwei Millionen Euro an Bezügen aus 2012 zurücküberwiesen, ließ er in diesem Frühjahr wissen. Sein Gehalt hatte sich samt Aktienoptionen auf 4,9 Millionen addiert, das stehe nicht "im Einklang mit meinem Werteverständnis". Jetzt aber meldet der Standard, Stepic hab das Geld "nicht ganz freiwillig" zurückgegeben - nämlich erst unter Druck. Überhaupt habe sein Image zuletzt in der Branche ziemlich gelitten. Unter anderem hatte die Finanzmarktaufsicht FMA gegen ihn ermittelt. Und immer wieder hieß es, der vielleicht mächtigste Mann Österreichs mache Geschäfte in Steueroasen.

Das belegen nun auch die Datensätze von Offshore-Leaks. Dort haben die Süddeutsche Zeitung und das österreichische Magazin News Herbert Stepic im Zusammenhang mit zwei Firmen in Steueroasen gefunden: der Yatsenko International Limited, mit Sitz auf den Britischen Jungferninseln, und einer Holding mit Sitz in Hongkong mit dem Namen Takego.

Die Geschäfte von Stepic liefen dabei über eine seltsame Konstruktion: Stepic ist zwar wirtschaftlich Berechtigter der Yatsenko und der Takego, nach außen hin traten hingegen Firmen namens Lintel, Execorp und Sharow als Schein-Direktoren und Schein-Teilhaber dieser Firmen auf. Durch derartige Konstrukte werden in der Offshore-Welt oft die wahren Besitzverhältnisse verschleiert. Stepic hingegen sagt, dies sei von der UBS-Bank, welche die Firmen für ihn betreut hat, so angeboten worden - "standardmäßig".

Stepic spekulierte zuvor bereits mit serbischen Immobilien

In einer ersten Stellungnahme ließ Stepic mitteilen, dass es sich bei den Firmen "nicht um Offshore-Konstruktionen" handle, sondern "um reale Immobilien-Investments, die über Projektgesellschaften abgewickelt wurden". Konkret seien die Firmen genutzt worden, um drei Wohnungen in Singapur zu kaufen. Eine Immobilie sei mittlerweile schon wieder verkauft, die Erträge "entsprechend den steuerlichen Vorgaben" versteuert worden.

Es ist nicht das erste Mal, dass Stepic mit Briefkastenfirmen in Verbindung gebracht wird. Und es ist auch nicht das erste Mal, dass diese für Immobiliengeschäfte genutzt wurden: 2011 enthüllte das Nachrichtenmagazin Profil, dass Stepic mit serbischen Immobilien spekuliere. Abgewickelt wurden die Deals über eine Firma namens "Enthusia Limited" mit Sitz in der Steueroase Zypern. Teilhaber sind serbische Geschäftsleute - und Stiftungen in einer weiteren Steueroase, in Liechtenstein. Eine davon gehört laut internen Bankunterlagen Herbert Stepic.

Seither interessiert sich auch Österreichs Finanzmarktaufsicht FMA intensiv für Stepics Geschäfte. Er, der gepriesene Banker, der Macher, musste sich plötzlich erklären. In einem der SZ vorliegenden Schreiben versichert er der FMA "an Eides statt", dass seine Einkommens- und Vermögensverhältnisse "geordnet und gesund" seien. Seine Vorgehensweise solle bitte nicht als unkooperativ verstanden werden, schreibt er, sie fuße vielmehr "auf einer divergierenden Rechtsansicht". Zu diesem Zeitpunkt war noch nicht bekannt, dass Stepics Name auch in den Offshore-Leaks-Daten auftaucht.

Die Offshore-Leaks-Unterlagen belegen, wie Briefkastenfirmen und Trusts genutzt werden, um Vermögen zu verstecken und Geschäfte zu verschleiern. 130.000 Personen kommen in den Unterlagen vor - darunter Hunderte aus Deutschland und Österreich. Wie mittlerweile bekannt wurde, sind auch die amerikanischen, britischen und australischen Behörden im Besitz der Daten - und bereit, mit anderen Staaten zu kooperieren. Auch Österreichs Finanzministerin Maria Fekter hat Interesse angemeldet. Sie hat bereits eine Sonderkommission "Offshore-Leaks" gegründet - auch diese dürfte auf Stepic stoßen.

5. April 2013 11:10

Offshore-Leaks

Von Bastian Brinkmann, Christoph Giesen, Frederik Obermaier und Bastian Obermayer

So funktionieren Steueroasen



Fakten zu Steueroasen Wo Offshore-Kunden aus Deutschland wohnen

Betrüger und Scheindirektoren, Banken und Anwälte, große Namen und schwarzes Geld: Etwa 50 Staaten weltweit gelten als Steueroasen. Ein Streifzug durch die Heimat von Gier und Geiz zeigt, welche Menschen Offshore-Geschäfte machen und wie sie geheime Briefkastenfirmen aufsetzen.

Der Senator trägt dick auf, keine Frage. Er sei, schreibt er in holprigem Englisch, Träger des vatikanischen "Commendatore". Ein "heiliger Orden", verliehen "vom katholischen Papst". Außerdem habe er das Bundesverdienstkreuz erhalten, den „Nobelpreis Deutschlands“, den außer ihm auch "Bill Gates, Wolfgang von Goethe und Mutter Theresa" bekommen hätten.

Der Mann ist gerade 80 Jahre geworden, als er unter Verweis auf das angebliche Dekor darum bittet, in eine geheime Welt aufgenommen zu werden: Er will bei einem Finanzdienstleister eine Briefkastenfirma auf den Britischen Jungferninseln gründen. Für alle Fälle teilt er den Leuten mit, mit wem sie es zu tun haben.

Mutter Teresa schreibt sich zwar ohne "h" und weder sie noch Gates und auch nicht Geheimrat Goethe wurden mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet - aber der Senator, der einmal der "Klinik-König" einer großen deutschen Stadt genannt wurde, ist großzügig mit Details aus seinem Lebenslauf. So erwähnt er auch nicht, dass er ein paar Jahre zuvor eine dreistellige Millionenpleite hingelegt hat.

Wenige Wochen später ist er alleiniger Besitzer und Geschäftsführer einer Firma namens Arfino S.A. Heute behauptet der Senator, inzwischen 88, dass die Firma nie in seinem Namen hätte gegründet werden sollen; seine

Erklärung ist fast so kompliziert wie die Geschichte mit Goethe. Ein Bekannter aus der Schweiz, sagt er, habe ihn gefragt, ob er den Namen des Senators mitnutzen dürfe, und er habe zugestimmt. "Ich selbst habe da kein Geld reingesteckt, ich habe ja seit meiner Insolvenz gar kein Geld mehr", sagt er.

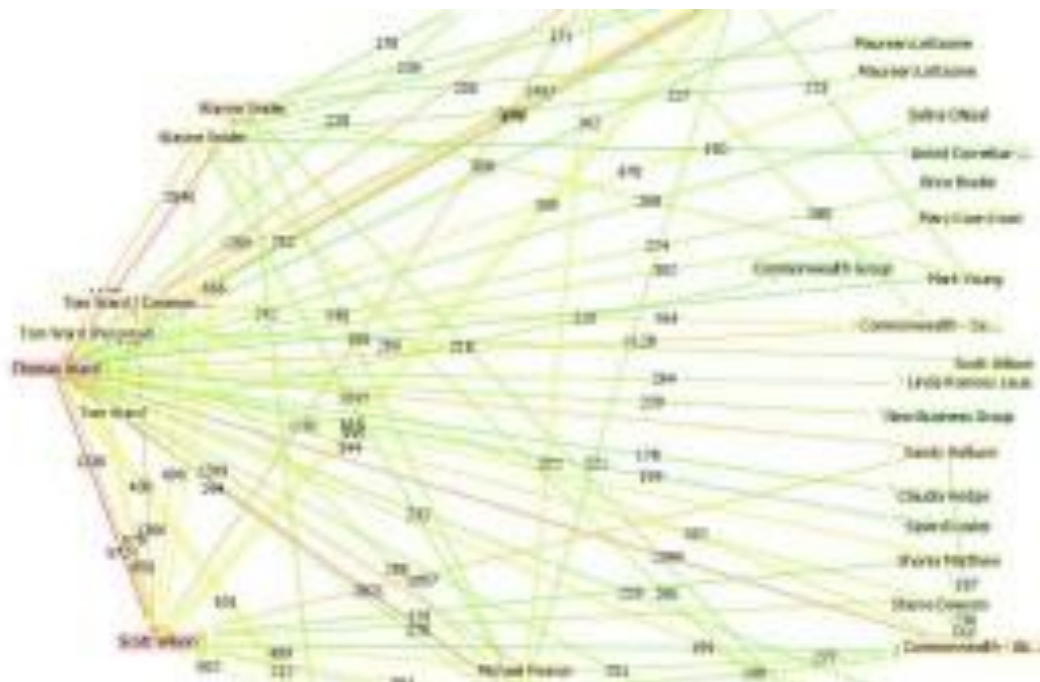
Es kommt, allgemein betrachtet, gar nicht selten vor, dass Pleitiers vor der Insolvenz Geld ins Ausland schaffen. In Steueroasen wie den Britischen Jungferninseln stecken viele Billionen Euro, nur ein Bruchteil davon taucht in Steuererklärungen auf: "Vermögen erschaffen, bewahren, vererben", so bewirbt ein Offshore-Dienstleister seine Ware.

Briefkastenfirmen von der Stange, nur ein paar hundert Dollar pro Stück.

Für reiche Privatleute sind solche Firmen geheime Schatztruhen, eingerichtet von Maklern, die versprechen, dass ein Geheimnis ein Geheimnis bleibt - von dem Gläubiger, Ex-Frauen und Steuerfahnder nie erfahren. Für Konzerne sind die Firmen Vehikel, mit denen sie ihre Gewinne kleinrechnen und Steuern sparen können. Für Kriminelle sind sie perfekt, um anonym ihrer Beschäftigung nachzugehen.

Opfer gibt es auch. Den Schaden trägt die Allgemeinheit. Die Europäische Union schätzt, dass in der EU pro Jahr eine Billion Euro durch Steuerhinterziehung und Steuerumgehung verloren gehen. Das Geschäft boomt, verborgen hinter dem blickdichten Vorhang der Anonymität.

Die bislang geheimen Dokumente des Offshore-Leaks ermöglichen es jetzt zum ersten Mal, diesen Vorhang ein wenig aufzuziehen und die Mechanismen der dahinterliegenden Welt freizulegen. In einer weltweiten Kooperation hat die Süddeutsche Zeitung gemeinsam mit dem NDR, der Washington Post, dem britischen Guardian, der französischen Le Monde und zahlreichen weiteren Partnern viele hunderttausend Datenbankeinträge, Verträge, Urkunden und E-Mails aus dem Innenleben mehrerer Steueroasen gesichtet. Die Auswertung des gesamten Stoffs kann weltweit noch viele Monate dauern.



Werkstattbericht zu Offshore-Leaks Wie Computer-Forensik das Offshore-System entschlüsselte

260 Gigabyte Daten, mehr als zwei Millionen E-Mails - und irgendwo darin versteckt geheime Geschichten von Steuerflucht und Offshore-Paradiesen. Wie aus einer Festplatte im Briefkasten eine Enthüllungsserie wurde: ein Werkstattbericht. [SZBlog](#)

Die Informationen stammen von den Servern zweier Firmen, die davon leben, anonyme Briefkastenfirmen zu gründen und an Kunden wie den Insolvenz gegangenen Klinik-König zu verkaufen. In diesen Unterlagen finden sich die wahren Eigentümer von mehr als 120.000 Firmen und Trusts. Die Daten erklären das Zusammenwirken von Scheinfirmen, Strohmännern und geheimen Verträgen. Sie weisen auf eine Heerschar von Helfershelfern, auf Anwälte, Vermögensberater und Banken. Sie identifizieren Zehntausende Kunden, darunter Staatsoberhäupter und Waffenschmuggler, Steuerflüchtlinge und Mittelständler, Prominente und Betrüger.

Die Daten verraten aber auch, warum Menschen die Anonymität so schätzen und machen deutlich, wie weit verbreitet Geschäfte mit Steueroasen sind.

Die Inseln: Steueroasen aus Geldnot

Es waren ausgerechnet dramatisch fallende Steuereinnahmen, die die Bewohner der Cook-Inseln Anfang der Achtzigerjahre auf die Idee für ein besonderes Geschäftsmodell brachten. Der Staat hatte kaum mehr zu bieten als weiße Sandstrände und türkisblaues Meer - beides keine Seltenheit in der Südsee. Die britischen Kolonialherren hatten nur Linksverkehr, Kricketfelder und das englische Frühstück dagelassen; auch damit ließ sich wenig anfangen. Die Bewohnerzahl sank unter 20.000, es gab nur anderswo Arbeit und Zukunft. Also trat das Parlament der Cook-Inseln zur Krisensitzung zusammen. Weil es noch kein Parlamentsgebäude gab, trafen sich die Abgeordneten in Wohnbaracken auf der Hauptinsel Rarotonga. Hier verabschiedeten die Abgeordneten 1981 den International Companies Act. In fünf Kapiteln verspricht er internationalen Investoren: Bringt uns euer Geld - und wir halten den Mund. Die Cook-Inseln wurden zur Steueroase. Aus einem Staat, in dem zuvor schon ein Fahrraddiebstahl ein großes Ding war, wurde ein Hafen für Steuerflüchtlinge und Kriminelle.



Schöner Strand: die Cook-Inseln (Foto: iStockphoto / Topher McGrillis)

Etwa 50 Staaten weltweit gelten als Steueroasen. Sie alle eint, dass sie wenig oder gar keine Steuern erheben, das Bankgeheimnis konsequent einhalten, weitreichende Anonymität gewähren und sich über die Gebühren der Briefkastenfirmen finanzieren.

Die Bedeutung von Steueroasen lässt sich an drei Beispielen gut erklären: Das Land, aus dem das meiste Kapital nach China fließt, ist die Steueroase Britische Jungferninseln. Indiens größter Geschäftspartner ist: der Inselstaat Mauritius. Und Deutschlands größter Investor? Viele Jahre die Schweiz.

Einer der Mitverfasser des International Companies Act auf den Cook-Inseln war ein gewisser Mike Mitchell. Der Neuseeländer, lange Jahre britischer Generalkonsul, gründete 1987 einen Finanzdienstleister, der hauptsächlich Briefkastenfirmen anbot. Diese Dienstleister sind bei der Aufsicht der Steueroasen registriert und erledigen den Papierkram vor Ort. Ein einfacher, aber lukrativer Geschäftszweig.

Der 68-jährige Mitchell nannte seine eigene Firma Portcullis, auf Deutsch: Fallgitter. Wie hinter den Mauern einer mittelalterlichen Burg, so sollten die Kunden glauben, werde ihre wahre Identität geschützt. 2004 verkaufte er die Firma, die heute Portcullis Trustnet (PTN) heißt, etliche Niederlassungen besitzt und Hunderte Angestellte beschäftigt.

Portcullis ist die eine der beiden Firmen, deren Datenleck gerade weltweit für Aufregung sorgt. Die andere ist der Portcullis-Konkurrent Commonwealth Trust Limited (CTL) mit Sitz in der Karibik, auf den Britischen Jungferninseln. Hier leben 32.000 Einwohner - auf jeden von ihnen kommen mehr als 15 registrierte Firmen. Die Inseln sind britisches Überseegebiet, das sehen Investoren gern. So können sie im ärgsten Fall vor dem High Court of Justice in London klagen, dem höchsten englischen Gericht, und müssen sich nicht auf ein willkürliches Rechtssystem verlassen.

Zusammengenommen meldeten CTL und PTN insgesamt 120.000 Firmen in neun Steueroasen an. Das ist der Stoff.

Der Kanadier Thomas Ward hat CTL mitgegründet. Bis 2008 war er Geschäftsführer, heute berät er das Unternehmen. Zu seiner Zeit habe CTL 3000 bis 5000 Unternehmen pro Jahr registriert, schätzt er. Im Schnelldurchgang: E-Mail, Namen eintragen, abheften. Darunter seien natürlich auch ein paar schwarze Schafe gewesen. Wie so viele aus der Offshore-Branche verweist Thomas Ward auf die vorgeschriebenen Sorgfältigkeitsprüfungen, die "due diligence", wie es im Branchenjargon heißt. Nur: Wenn man nicht gerade Osama bin Laden heißt, kommt man mit praktisch jedem dieser Dienstleister ins Geschäft.

Die Kunden: große Namen und kleine Fische

"Anbei finden sie die Korrespondenz von Sotheby's, vor allem jene betreffend den Kauf von der "Wassermühle bei Gennep" von Vincent van Gogh." Dieses Memo in den Kundendaten von Portcullis wurde 1996 verfasst, nur ein paar Tage nach einer Auktion bei Sotheby's in London, bei der die "Wassermühle bei Gennep" versteigert worden war - ein Werk Vincent van Goghs von 1884. Den Zuschlag erhielt für 751 550 Dollar eine Firma namens Nautilus Trustees Limited mit Sitz auf den Cook-Inseln. Erst Monate nach der Auktion taucht das Gemälde wieder auf: im Museum Thyssen-Bornemisza in Madrid, als Leihgabe der Nautilus Trustees Limited.

Dank des Datenlecks weiß man nun: Die Besitzerin der Firma trägt denselben Namen wie das Museum. Nautilus gehört Baroness Carmen Thyssen-Bornemisza, der fünften Frau von Hans Heinrich von Thyssen-Bornemisza, eine der wichtigsten Kunstsammlerinnen der Welt.

Die Namensliste hinter den mehr als 100.000 Briefkastenfirmen und Trusts ist so lang wie heterogen. Klingende Namen wie der von Gunter Sachs, Elie de Rothschild, der 2007 verstorbene Gründer der Züricher Rothschild-Bank, oder eben Baroness Carmen Thyssen-Bornemisza stehen neben Mittelständlern und Kleinkriminellen. Griechische Steuerflüchtlinge und indonesische Milliardäre, Waffenschmuggler und Diamantenhändler, Hedgefondsmanager, Zahnärzte und Sängerinnen sind ebenso vertreten wie unspektakuläre Kleinkunden mit Adressen in Bad Langensalza, Rosenheim oder Mönchengladbach.



Offshore-Leaks im Überblick – Putins Vizepremier holt Geld aus Steueroasen zurück

Diese breite Mittelschicht dominiert das Bild der deutschen Kunden, die zahlenmäßig weit hinter den Kunden aus Großbritannien zurückstehen - deutsche Steueroptimierer nutzen eher andere, nähergelegene Schlupflöcher, Luxemburg, Liechtenstein oder die Schweiz zum Beispiel.

Egal wer sich in Steueroasen betätigt, es gilt die Regel: Ein paar Millionen sollten es schon sein, damit sich eine Offshore-Konstruktion lohnt. Die Finanzdienstleister in Übersee verlangen jährliche Gebühren von ein paar tausend Dollar, dazu kommen Honorare für Anwälte, die sich um die Details kümmern, vielleicht noch ein Konto in der Schweiz; das Ganze oft über viele Jahre. Dazu muss das Vermögen oft umständlich dorthin geschafft werden, über ein paar Umwege. Diese - in der Regel legalen - Tricks zahlen sich nur aus, wenn die Steuerersparnis höher ist als die Kosten.

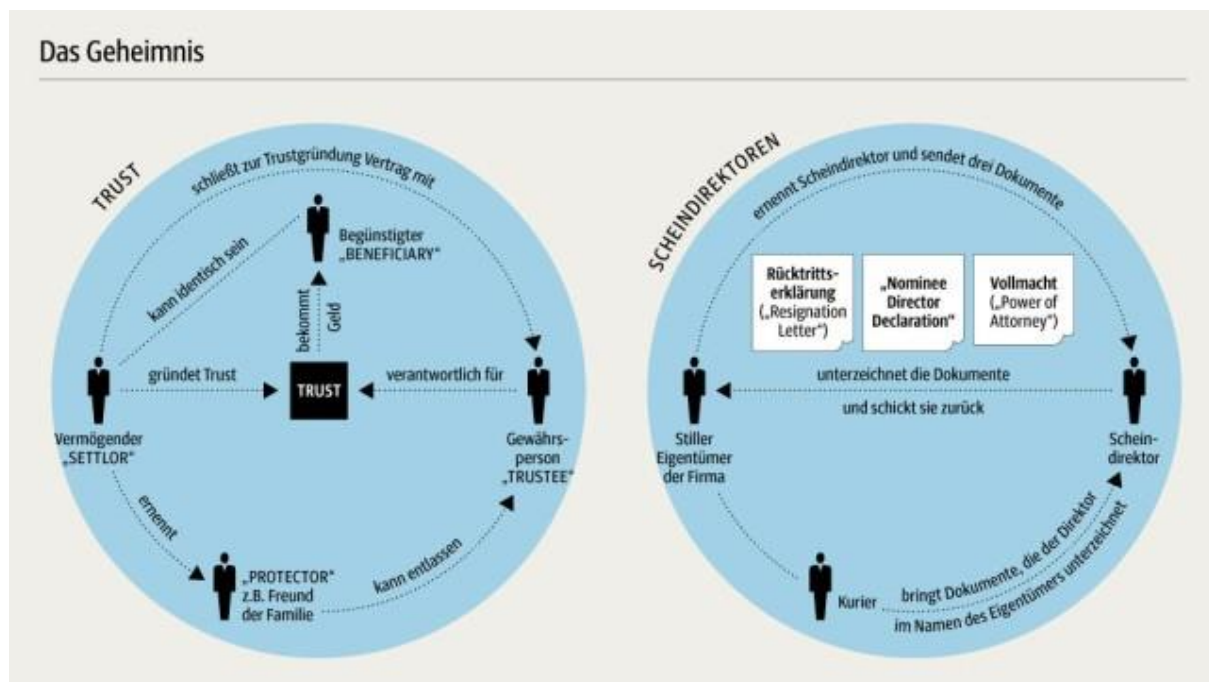
Bestes Beispiel: der Fall Thyssen-Bornemisza. Der Anwalt der Kunstsammlerin räumte ein, dass die Nautilus für den Kunsthandel genutzt werde. Der Hintergrund dürfte sein: Spanien erhebt eine Vermögensteuer auf Kunstwerke. Wären die Werke seiner Klientin in Madrid gemeldet, müsste sie jährlich rund 13,5 Millionen Euro zahlen, schätzt das spanische Medium El Confidential.

Der Scheindirektor: Amt ohne Macht

Der Rohstoff, von dem Steueroasen leben, ist die Verschwiegenheit. Sie ist in jedem Verwaltungsakt präsent, sie beherrscht den Alltag von Firmen wie Portcullis und Commonwealth, die ihre eigentlichen Kunden oft nicht einmal selbst kennen. Diese Verschwiegenheit wird in zwei Formen abgepackt und auf dem Weltmarkt angeboten: als Trust, wenn nur anonym Vermögen gelagert oder die Erbfolge geregelt werden soll, oder als Briefkastenfirma, wenn es um geheime Geschäfte geht.

Der Vorteil einer Briefkastenfirma gegenüber gewöhnlichen Firmen ist nicht nur die Meldeadresse auf einer Südseeinsel, die keine Gewerbesteuer verlangt. Viel interessanter ist oft die Möglichkeit, einen falschen Geschäftsführer einzusetzen.

Stella Port-Louis zum Beispiel, Mitte dreißig, dunkle Augen, braune Locken. Sie handelt regelmäßig für anonyme Firmen, tätigt Überweisungen an Geschäftspartner, die sie nicht kennt, im Auftrag von Hintermännern, von denen sie nichts weiß. Wie viele Firmen sie von den Seychellen aus leitet, lässt sich nicht sagen. Aber das: Für jeden neuen Posten bekommt sie etwa zehn Dollar und unterschreibt dafür, was man ihr vorlegt. Sogar ihre eigene Kündigung.



So funktionieren Trusts und Briefkastenfirmen (Foto: SZ-Grafik)

Das System braucht nämlich nur drei Formulare, um zu funktionieren. Der Strohmann, der in der Offshore-Sprache „Nominee Director“ heißt, sichert dem wahren Eigentümer zu, dass er seinen Anweisungen folgen wird und keine Ansprüche gegen ihn oder die Firma hat („Nominee Director Declaration“). Dann gibt er dem echten Chef, der offiziell nichts mit der Firma zu tun hat, eine Vollmacht („Power of Attorney“), die diesen zum De-facto-Geschäftsführer macht. Im dritten Dokument schließlich bittet der falsche Direktor um seine Entlassung („Resignation Letter“). Er unterschreibt diesen Brief, trägt aber kein Datum ein - so kann der echte Chef den falschen jederzeit und sogar rückwirkend loswerden.

Der falsche Direktor ist also von Anfang an entmündigt, und hat meist auch keinen Einblick in die Firmengeschäfte.

Scheindirektoren kommen immer dann zum Einsatz, wenn es schmutzig wird. Die Öffentlichkeit erfährt davon nur, wenn etwas schiefgeht, so wie am 25. September 2008. Da kaperten somalische Piraten das Frachtschiff MV Faina, das auf dem Weg in den kenianischen Hafen Mombasa war. An Bord: 33 Sowjet-Panzer vom Typ T-72. Sie waren für Südsudan bestimmt, damals noch ein Krisenherd, inzwischen ein selbständiger Staat, den man wegen eines UN-Embargos aber nicht beliefern darf. Die Hintermänner sind bis heute unbekannt - weil sie ihr Geschäft über eine Briefkastenfirma in Panama abwickelten.

Auch westliche Geheimdienste nutzen das anonyme System: Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 registrierte die Star Group Finance and Holdings in Washington D.C. eine Firma namens Elite LLC. Diese wiederum kaufte eine ehemalige Reitschule außerhalb der litauischen Hauptstadt Vilnius. Hinter diesen Firmen steckte die CIA, die dort ein Geheimgefängnis betrieb. Die Schein-Direktoren sollten helfen zu verbergen, dass der US-Auslandsgeheimdienst dort Terrorverdächtige folterte.

Wie Computer-Forensik das Offshore-System entschlüsselte

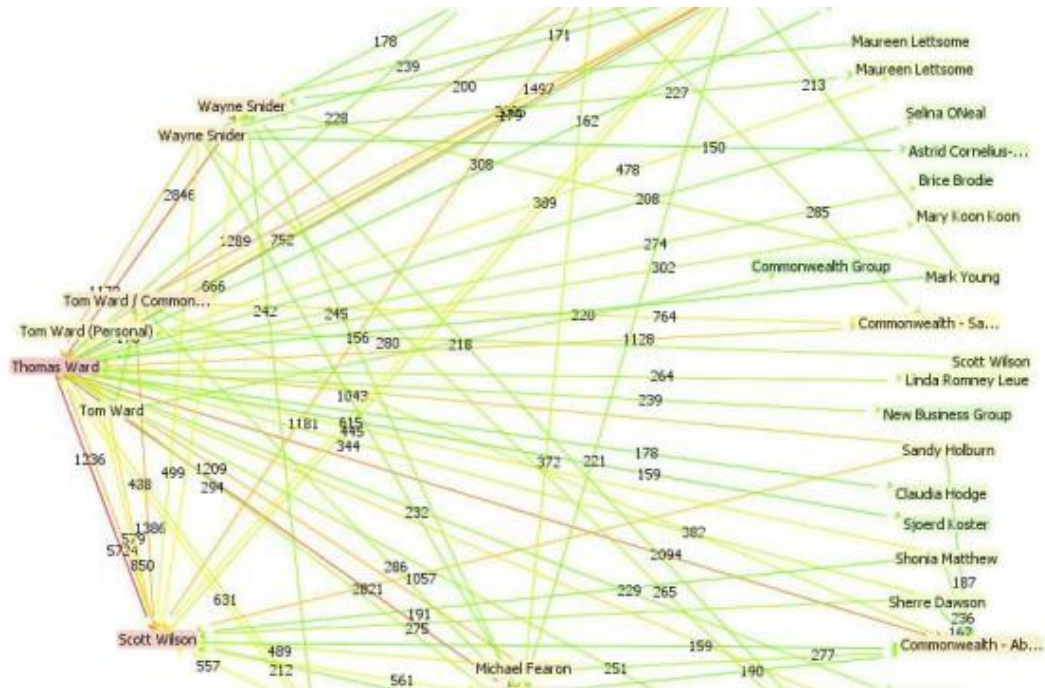
Werkstattbericht zu Offshore-Leaks / *Von Bastian Brinkmann*
/ Veröffentlicht am 4. April 2013, 14:44, im SZblog

Der Anfang war analog. Ausgerechnet per Post kam die Festplatte, auf der die geleakten Geheimdateien über die Offshore-Dienstleister in Steuerparadiesen lagen. Und zwar 260 Gigabyte Geheimdateien - ausgedruckt entspricht das etwa 500.000 Ausgaben der Bibel. Kein Mensch könnte das in seiner Lebenszeit lesen.

Als das Internationale Konsortium investigativer Journalisten (ICIJ) erstmals von jener Festplatte erfuhr, war die Aufgabe gewaltig. Wie kann man ein so gigantisches Datenleck auswerten? Und, vor allem: Wie kann man die vielen verschiedenen Dokumenttypen auf der Festplatte überhaupt auswertbar machen - die Bilder, verschlüsselten Dateien, mehr als zwei Millionen E-Mails? Computer-Forensiker mussten sich der Sache annehmen, bevor die journalistische Recherche beginnen konnte.

Die Datenmenge ist enorm: etwa 150-mal so groß wie beim bisher größten veröffentlichten Leak, den Botschaftsdepeschen von Wikileaks. Die Depeschen lagen damals außerdem in einem einheitlichem Format vor und konnten darum standardisiert ausgewertet werden. Die Offshore-Festplatte enthält dagegen alle möglichen Formate durcheinander: Firmendatenbanken, E-Mails, Vorlagen in Word, Scans, Briefe als PDF. Und viele Dateien tauchen doppelt auf, weil sie etwa als E-Mail-Anhang mehrfach intern weitergeleitet wurden.

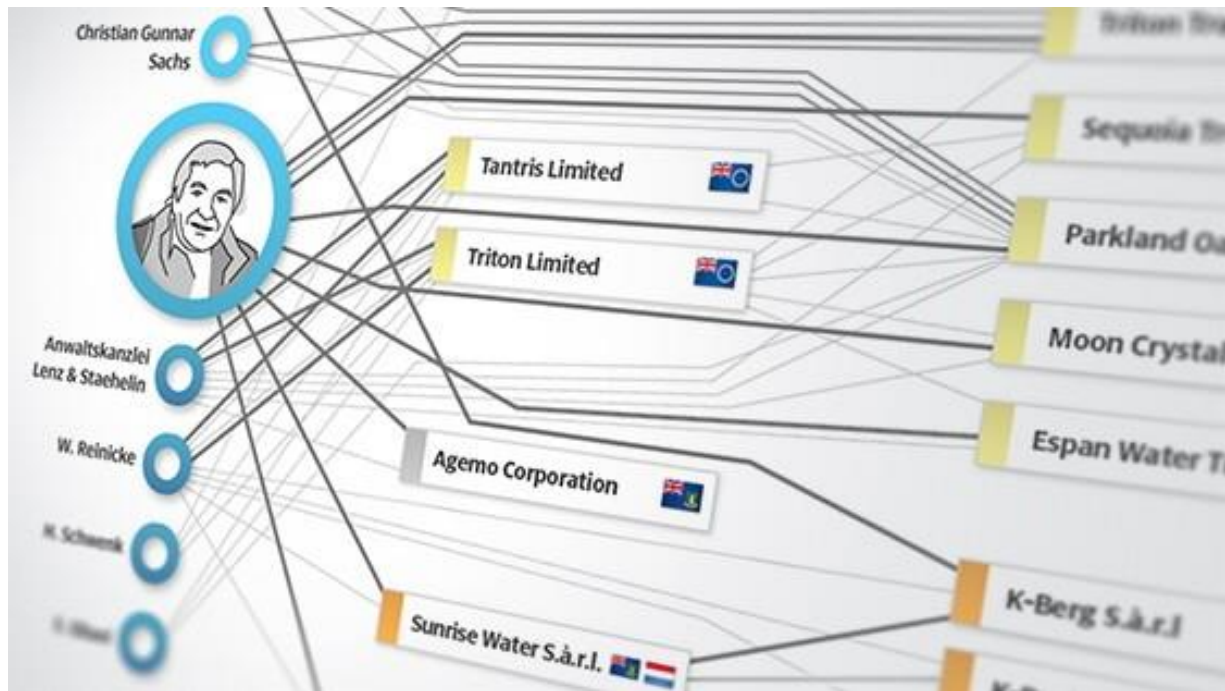
Die Dopplungen zu identifizieren, war nur eines der Probleme für die Auswerter. Ein anderes: Viele Dokumente waren als Bilder gespeichert, darunter Pässe von Briefkastenfirmen-Gründern, die als Kopien in die Steueroasen gemailt wurden. Oder Briefe, in denen der wahre Firmeneigentümer dem falschen Geschäftsführer Anweisungen erteilt - erst ausgedruckt, unterschrieben und dann wieder eingescannt. Diese Bilddateien wurden massenhaft durch OCR-Technik digitalisiert und technisch lesbar gemacht; die Abkürzung steht für "optical character recognition", optische Zeichenerkennung. Sie macht aus Fotos Text.



Das Programm Nuix macht aus Daten Beziehungen. Hier das E-Mail-Netzwerk von Thomas Ward, dem Gründer eines Offshore-Finanzdienstleisters. (Foto: ICIJ.org)

Schließlich wurden alle Daten indiziert, also systematisch erfasst, damit sich Suchmaschinen in dem Wust zurechtfinden können. Mit Erfolg: Das Programm dtSearch kann nun zum Beispiel mit einer Namensliste gefüttert werden, damit es die 260 Gigabyte Daten nach Treffern durchsucht. Das Programm Nuix erkennt anhand von Schlüsselworten, wenn deutsche Sprache in Dokumenten benutzt wird. Das Analyse-Tool kann außerdem Beziehungen zwischen Daten herstellen - etwa zwischen angehängten PDF-Dateien und der Mail-Korrespondenz mehrerer Personen in einem bestimmten Zeitraum. Die US-Börsenaufsicht SEC nutzt Nuix ebenfalls, wenn sie in Verdachtsfällen Millionen E-Mails von Aktiengesellschaften beschlagnahmt hat.

Programmierer haben inzwischen auch die Software der Offshore-Finanzdienstleister nachgebaut. So ist es möglich geworden, sich durch das Firmenregister zu klicken, wie es die Angestellten in den Steueroasen gemacht haben, und viele essentielle Fragen zu beantworten: Wer ist eigentlich der Gründer dieses oder jenes Trusts? Wer ist Ansprechpartner? Ist eine Rechnung schon rausgegangen? An welche Adresse? Nur so war es überhaupt möglich, die komplexen Offshore-Konstrukte zu enträtseln. Monatelang recherchierte die SZ etwa der Finanzkonstellation von Gunter Sachs hinterher, sowohl in der Datenbank als auch in der Realität - bis am Ende eine vergleichsweise simple Darstellung des Geflechts stand, brauchte es einigen Aufwand.



Playboy im Steuerparadies – Das System Sachs

Den größten Teil der technischen Arbeit übernahmen die Datenspezialisten Sebastian Mondial aus Deutschland, Duncan Campbell und Matthew Fowler aus Großbritannien sowie Rigoberto Carvajal aus Costa Rica und Matthew Caruana Galizia aus Malta. Das ICIJ entschloss sich nach dieser Basisarbeit, die Recherche auf viele Medienorganisationen in aller Welt zu verteilen - weil die schiere Menge der Daten sonst nicht zu bewältigen gewesen wäre. In Deutschland wurden die SZ und der NDR aktiv, in den USA die Washington Post, in Frankreich Le Monde, in Großbritannien der Guardian - 86 Kollegen in 46 Ländern waren beteiligt. Das ICIJ hat die Datenrecherche von Washington aus koordiniert. Der Verein ist ein Projekt des Center for Public Integrity in Washington und finanziert sich über Spenden vor allem großer Stiftungen in den USA, die investigativen Journalismus fördern wollen.

Eine systematische Analyse der Daten hat inzwischen ergeben, dass Unterlagen zu mehr als 122.000 Briefkastenfirmen und Trusts auf den Britischen Jungferninseln, den Cook-Inseln, Samoa, Hongkong, Singapur, den Cayman-Inseln, Mauritius, der Insel Labuan vor Malaysia und den Seychellen in ihnen stecken. 12.000 Vermittler solcher Konstrukte erscheinen in den Unterlagen. Die Daten von rund 130.000 Menschen sind dort gespeichert, mit Adressen aus 170 Ländern. Hinter jeder dieser Zahlen kann sich eine Geschichte verbergen - die Arbeit an dem Datensatz ist längst nicht abgeschlossen

So funktionieren Steueroasen - hier erklärt der SZ-Report, welche Menschen Offshore-Geschäfte

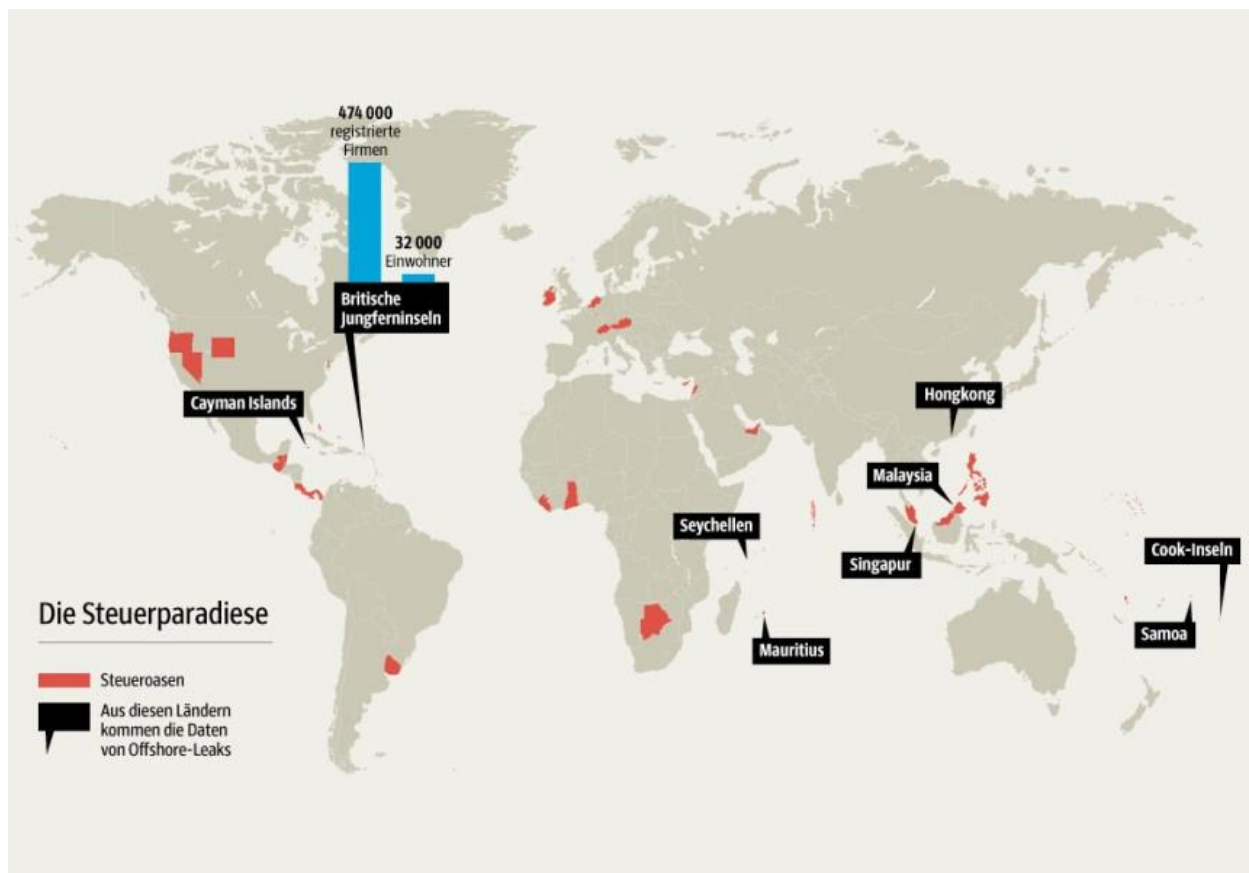
1 000 000 000 000 €

Höhe der Steuern, die durch Steueroasen jedes Jahr in der EU verloren gehen



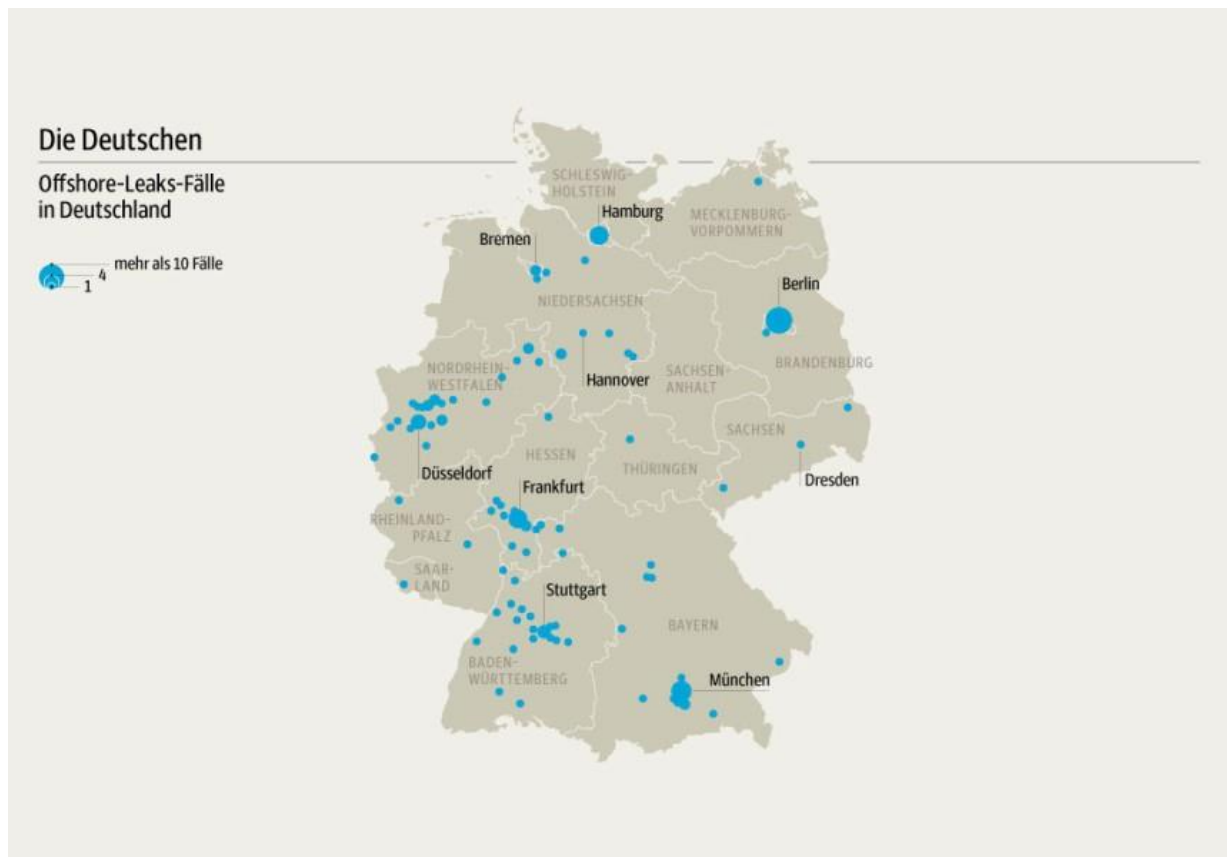
SZ-Grafiken: Hanna Eiden; Recherche: SZ; Quellen: EU, ICJ, Tax Justice Network, CIA, BVI FSI

Steuroasen im Überblick auf der Karte.



Wo Offshore-Kunden aus Deutschland wohnen:

Fälle aus Offshore-Leaks.



11. April 2013 08:38 **Lockerung des Bankgeheimnisses**
Von Cerstin Gammelin, Brüssel

Vertreibung aus dem Steuerparadies



Der Tresorraum einer Bank in Wien: Muss bald auch Österreich sein Bankgeheimnis lockern? (Foto: REUTERS)

Luxemburg lockert sein Bankgeheimnis, und Österreich könnte bald folgen. Doch das Einlenken der bekannten Anlegerparadiese geschieht nicht aus Einsicht, sondern aus Furcht um das eigene Geschäftsmodell. Das Bankgeheimnis in Europa ist in Wahrheit längst tot.

Vor vier Monaten ließ Luxemburgs Premier Jean-Claude Juncker dem österreichischen Bundeskanzler Werner Faymann vertraulich ausrichten, dass er beabsichtige, im Großherzogtum das Bankgeheimnis zu lockern. In Wien wurde die Botschaft ungläubig zur Kenntnis genommen. Die Luxemburger wollten tatsächlich freiwillig Informationen über ausländische Anleger weitergeben? Österreich werde sich jedenfalls nicht beteiligen, gab sich die Bundesregierung in Wien standhaft.

Am vergangenen Wochenende fiel Faymann um. Zwar darf die österreichische Großmutter weiterhin ein paar tausend Euro für ihre Enkel am Fiskus vorbeischmuggeln, aber ansonsten wird Österreich demnächst Namen, Anschrift und Kontobewegungen ausländischer Anleger automatisch an die betreffenden Länderbehörden weitergeben. Das Bankgeheimnis in Europa scheint zu bröckeln.

So überraschend, wie das Einlenken der bekannten Anlegerparadiese erscheint, ist es nicht. Gewiss, die Zerschlagung des zyprischen Bankensektors, die massenhafte Überführung von Steuersündern und die Aufdeckung geheimer Offshore-Geschäfte über Briefkastenfirmen haben viel dazu beigetragen, dass Finanzgeschäfte jeglicher Art transparenter werden.

Wenn sich Länder wie Luxemburg und Österreich allerdings plötzlich kooperativ zeigen, Bankdaten an zuständige Behörden weiterzugeben, ist das nicht ein Einlenken aus Einsicht, sondern eine Art vorseilender Gehorsam, getrieben von der Sorge, ansonsten an Ansehen und irgendwann

möglicherweise das heimische Geschäftsmodell zu verlieren. Denn das Bankgeheimnis in Europa ist in Wahrheit längst tot.

Die zentrale Bankenaufsicht bedeutete das Aus für das Bankgeheimnis

Und zwar aus zwei Gründen: Da ist zum einen die geplante zentrale Aufsicht über die Banken der Euro-Länder. Vom Sommer 2014 an soll die Europäische Zentralbank alle 6000 Banken in der Euro-Zone überwachen, die großen Geldhäuser direkt, die kleinen bei Bedarf ebenfalls direkt. Derzeit werden Rechte und Pflichten der neuen Aufseher im Detail verhandelt, bis zur Sommerpause sollen die rechtlichen Grundlagen fertig sein.

Fest steht schon, dass die Aufseher aus der Europäischen Zentralbank die Bücher, E-Mails und jegliche sonstigen Dokumente einer jeden Bank prüfen und die Herausgabe von Datensätzen verlangen können. Das bedeutet: Im Zweifel haben die Aufseher Zugang zu allen Informationen, die Anlegerdaten betreffen. Auch wenn die Aufseher alle Daten vertraulich behandeln werden, darf als sicher gelten, dass sie den Weg zum Fiskus finden - die gesetzlichen Grundlagen dafür sind schnell gelegt.

Erfahrene Finanzpolitiker wie der langjährige Euro-Gruppen-Chef Juncker wussten deshalb schon im Dezember 2012, als die zentrale Bankenaufsicht beschlossen wurde, dass es aus war mit dem Bankgeheimnis. Vermutlich deshalb hat er bereits damals seinen Kollegen Faymann wissen lassen, dass Luxemburg schon vorab das Bankgeheimnis lüften werde. Österreichs Finanzministerin Maria Fekter brauchte länger für diese Erkenntnis, wie ihr Widerstand bis zuletzt zeigt.

Der zweite Grund sind internationale Regeln, ursprünglich eingeführt von den USA im März 2010, bekannt als Foreign Account Tax Compliance Act (Fatca). Einziges Ziel: Die amerikanischen Behörden wollten damals schon verhindern, dass Einheimische ihr Vermögen in ausländische Steuerparadiese schaffen. In den USA ansässige Banken sind demnach verpflichtet, automatisch Namen, Anschriften, Kontostand und Kontobewegungen von Anlegern an die Behörden zu melden. Das führte dazu, dass einige große europäische Banken wie UBS, ING oder Deutsche Bank ausgewählte Handelsabteilungen in den USA schlossen, die bis dahin als eine Art Brücke dienten, um Geld auf lukrativem Wege nach Europa zu schaffen.

EU-Pilotprojekt Automatischer Datenaustausch

Am Samstag können die 27 europäischen Finanzminister zeigen, wie ernst es ihnen ist mit dem Kampf für Steuergerechtigkeit. An diesem Tag werden sie in Dublin gemeinsam zu Mittag essen und zwischen den Gängen besprechen, ob sie den automatischen Informationsaustausch zu Kapitaleinkünften über die bestehende Zinsrichtlinie hinaus erweitern werden. Ein kühnes Vorhaben, wenn man bedenkt, dass besagte Zinsrichtlinien - Auskunft wird auf Anfrage erteilt - bisher nicht in allen 27 Staaten umgesetzt wurden.

Doch einem Brief zufolge, den die Finanzminister der fünf größten europäischen Länder (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien) an EU-Steuerkommissar Algirdas Semeta geschrieben haben, soll es vorbei sein mit den geheimen Anlegerkonten auf ausländischen Banken. Um ihren Willen zu unterstreichen, wollen die fünf Länder den erweiterten Informationsaustausch in einem Pilotprojekt testen. Dabei wollen sie nach dem Vorbild des amerikanischen Fatca-Regimes automatisch die Namen, Anschriften, Kontostände und Kontobewegungen jeweils ausländischer Anleger an deren Heimatbehörden melden.

Die anderen 22 Länder sind aufgerufen, sich zu beteiligen. Kommissar Semeta, der an dem Mittagessen teilnehmen wird, dämpft die Erwartungen. Am Samstag werde es sicher nicht gelingen, neun Länder zusammenzubekommen, die sich am Pilotprojekt beteiligen. Genauso viele müssen es nach den EU-Verträgen sein, um über eine verstärkte Zusammenarbeit neue Regeln einzuführen. Es wäre schon hilfreich, wenn die Länder, statt neue Vorschläge vorzulegen, erst einmal die bereits vorliegenden Gesetzesvorschläge unterschreiben und umsetzen würden, so Semeta.

USA bieten zwei Modelle zum Datenaustausch an

Seit Einführung von Fatca verhandeln die USA mit den Europäern, um diese zur Datenweitergabe zu motivieren. Schon allein die Tatsache, dass die USA nicht mit der Europäischen Kommission als Vertreterin der 27 Länder sprechen, sondern mit jedem Land einzeln, zeigt, wie zersplittert der europäische Steuerteppich ist. Jedenfalls bieten die USA zwei Modelle an, um an die Daten von Bürgern zu gelangen, die ihr Geld anderswo verstecken.

Das erste Modell ist eine Art Vereinbarung, die auf Gegenseitigkeit beruht. Sie besagt, dass die US-Behörden die Datensätze europäischer Steuersünder weitergeben, wenn sie dafür die Daten ihrer Bürger bekommen. Nach Auskunft der Europäischen Kommission haben Großbritannien, Dänemark und Irland entsprechende zwischenstaatliche Abkommen bereits unterzeichnet. Mit Deutschland, Spanien und Italien sind Vereinbarungen ausgehandelt, aber noch nicht unterschrieben.

Frankreich und die Niederlande haben beinahe unterschriftsreife Verträge vorliegen. Alle anderen europäischen Länder mit Ausnahme von Luxemburg und Österreich verhandeln ebenfalls über ein Abkommen auf Gegenseitigkeit. Einzig die beiden kleinen Länder hatten sich auch das Modell 2 offengehalten. Danach wollen die USA pauschal eine Quellensteuer von 30 Prozent auf Zinserträge erheben, falls sie die Datensätze ihrer Bürger nicht bekommen.

Hollande wolle "Steueroasen trockenlegen"

Die Europäische Union ist bisher eher zögerlich gegen Steuerschlupflöcher vorgegangen. Das liegt an den 27 Regierungen, die sich über nationale Steuerpolitik stets Standortvorteile verschaffen wollen. Deshalb konnten sie sich nicht auf ein starkes Verhandlungsmandat der Europäischen Kommission für ein Zinsbesteuerungsabkommen mit der Schweiz, Andorra, Monaco, Liechtenstein und San Marino einigen.

Auch eine Liste mit europäischen Steuerparadiesen, aufgestellt unter dem Druck der Finanzkrise, verschwand wieder in den Schubladen - die darin genannten Anlegerschulplöcher existieren bis heute. Durch die öffentliche Aufregung um die gerade aufgedeckten Offshore-Geschäfte sind sie freilich erneut ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Wie vor fünf Jahren versprechen die Regierungen wieder, die Oasen auszutrocknen und für Steuergerechtigkeit zu sorgen. Frankreichs Präsident François Hollande ließ sein Volk am Mittwoch wissen, er wolle Steueroasen "in Europa und in der Welt" trockenlegen.

Länder, die nicht kooperierten, sollten wie Steueroasen behandelt werden. Hollande will, dass französische Banken für jedes Land, in dem sie tätig sind, ihre Töchter und deren Geschäftspraktiken benennen. Die Regeln, nach denen Amtsträger ihr Vermögen offenlegen müssen, sollen komplett überarbeitet werden; in besonderen Positionen müssen Mandat und Beruf getrennt werden. Die Ideen klingen gut. Ob sie jemals europaweit umgesetzt werden, ist angesichts der Erfahrungen aus fünf Jahren Krise zu bezweifeln.